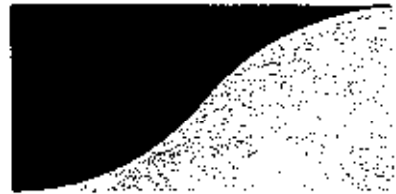


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 888 845 ppbn d  
Telefax: 21 08 64



## Inhalt

Wolfgang Thierse MdB und Regine Hildebrandt fordern ein Sofortprogramm gegen die ostdeutsche Arbeitslosigkeit.

Seite 1

Günter Verheugen MdB betont die Notwendigkeit weiteren Drucks auf Südafrika.

Seite 2

Prof. h.c. Dr. Robert M. W. Kempner erinnert an den Beginn des ersten Prozesses vor dem internationalen Militärtribunal vor 45 Jahren.

Seite 3

Walter Momper legt die Bedeutung Berlins für die deutsch-polnischen Beziehungen dar.

Seite 4

Petra Fuhrmann weist daraufhin, daß Frauen 'viele soziale Jahre' absolvieren.

Seite 5

Rudolf Scharping MdL verurteilt die Unions-'Einladung' an sowjetische Juden.

Seite 6

45. Jahrgang / 195

11. Oktober 1990

### Jeder 4. Ostdeutsche von Arbeitslosigkeit betroffen Zur Notwendigkeit eines Sofortprogramms gegen die steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern

Von Wolfgang Thierse MdB  
Stellvertretender SPD-Parte- und Fraktionsvorsitzender und  
Regine Hildebrandt  
Ehemalige DDR-Arbeitsministerin

Die jüngsten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen es. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer ist alarmierend: 445.000 Arbeitnehmer sind arbeitslos, 130.000 sind in den Vorruhestand geschickt worden und über 1,77 Millionen sind Kurzarbeiter. Das sind mehr als 2,3 Millionen Arbeitnehmer, die arbeitslos oder nicht vollbeschäftigt sind. Auf den Punkt gebracht: Jeder vierte ist von Arbeitslosigkeit betroffen. Denn entweder er ist schon arbeitslos oder er hat berechtigte Gründe, um seinen Arbeitsplatz zu fürchten.

Die Pläne des Bundesarbeitsministers Norbert Blüm sind ein Ausdruck der Hilfslosigkeit. Er hofft, daß es bis Ende des Jahres 100.000 Plätze der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie 40.000 Plätze in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geben wird. Das ist völlig unzureichend.

Wie hoch müssen die Kennziffern der Arbeitslosigkeit noch werden, damit in Bonn verstanden wird, daß die bisher eingeführten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik nicht ausreichen?

Wir benötigen ein arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm, das ermöglicht, in großem Umfang Arbeitskräfte zu qualifizieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein solches Programm wurde schon im Juni in unserem damaligen Ministerium für Arbeit und Soziales mit der Unterstützung westdeutscher Arbeitsmarktexperten erarbeitet. Es liegt vor. Es unterstützt das Anliegen der Gewerkschaften, zu qualifizieren statt zu entlassen, und es kombiniert Mittel für den Aufbau einer modernen Infrastruktur mit den Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes. Da jeder neu geschaffene Arbeitsplatz weitere Arbeitsplätze nach sich zieht, verringert ein solches Programm die Kosten zur Finanzierung reiner Arbeitslosigkeit in weitaus größerem Umfang, als es auf den ersten Blick erscheint, wenn man nur die unmittelbar in Qualifizierung oder

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfachung  
mit wertvollen Rückfragen  
Reservieren Sie sich



Beschäftigung gebrachten Arbeitnehmer zählt. Schon heute gilt: Es ist kostengünstiger, jetzt die Arbeitslosigkeit möglichst niedrig zu halten, als später Langzeitarbeitslosigkeit zu finanzieren.

Im Westen Deutschlands sind die Strukturen der Marktwirtschaft in Jahrzehnten gewachsen. Dort hatte man Zeit, sich auf den tiefgreifenden Strukturwandel einzustellen, der mit dem Zurückdrängen der traditionellen Industrie im Kohle- und Stahlbereich und dem Aufbau einer modernen Industrie verbunden war. Entsprechende Strukturen, etwa Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung oder Kammern, sind in den neuen Bundesländern noch nicht in einem ausreichenden Maß vorhanden. Auch fehlt es überall an den Kenntnissen und Erfahrungen, mit den neuen wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten umzugehen. Hier ist dringend eine Abhilfe erforderlich.

In der Einrichtung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die eng mit Kommune, Arbeitsamt und ortsansässigen Unternehmen zusammenarbeiten, sehen wir eine Möglichkeit, diesen strukturellen Engpaß kurzfristig zu überwinden. Wir fordern daher ein arbeitsmarktpolitisches Sonderprogramm, das gezielt Mittel zur Förderung der Einrichtung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften einsetzt. Wir fordern die Unternehmen der Bundesrepublik auf, sich an einer Qualifizierungsoffensive in den fünf neuen Ländern im Osten Deutschlands zu beteiligen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Zögerliche Entwicklung in Südafrika**

**Zur Notwendigkeit, im Druck auf den Apartheidstaat nicht nachzulassen**

**Von Günter Verheugen MdB**

**Südafrika-Experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Die jüngsten Entwicklungen in Südafrika müssen mit Sorge betrachtet werden. Der Anfang des Jahres durch die Maßnahmen von Präsident de Klerk eingeleitete Wandel ist keineswegs so zielstrebig und stabil, daß eine Zukunft ohne Apartheid und eine demokratische Entwicklung garantiert sind.

Positiv zu bewerten ist, daß nach dem letzten Treffen zwischen de Klerk und ANC-Vizepräsident Mandela vor wenigen Tagen nun auch die Freilassung der politischen Häftlinge und die Rückkehr der Exilanten in greifbare Nähe gerückt ist. Auch die Freilassung von 21 politischen Gefangenen am Mittwoch ist zu begrüßen.

Andere Ankündigungen der Regierung geben jedoch Anlaß, an den demokratischen Absichten der Regierung zu zweifeln. Nach wie vor hält de Klerk an einem Referendum nur für die weiße Minderheit über die neue Verfassung als ersten Schritt fest. Dieses Vorhaben ist nicht nur für die schwarze Opposition, sondern auch für die internationale Apartheidsopposition völlig unakzeptabel. Eine demokratische Zukunft kann unmöglich mit einem Schritt eröffnet werden, der die schwarze Bevölkerungsmehrheit von der politischen Beteiligung ausschließt. Ein weißes Referendum würde darüber hinaus die Verhandlungsgegner innerhalb der schwarzen Bevölkerung stärken, die moderaten Kräfte schwächen und die Gefahr einer neuen Welle der Gewalt heraufbeschwören.

Es darf nicht davon abgesehen werden, die Regierung Südafrikas wiederholt und mit Nachdruck aufzufordern, den eingeleiteten Prozeß konsequent und zügig fortzuführen. Die vollständige und schnelle Abschaffung der Apartheid ist eine wichtige Vorbedingung, um die Chancen einer demokratischen, friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung zu nutzen. Ohnehin sind diese Chancen nicht sehr groß. Nach der Suspendierung des bewaffneten Kampfes durch den ANC ist deutlich geworden, daß dieser Widerstand keineswegs die Quelle der Gewalt in Südafrika ist, sondern die Apartheid selbst.

Neben dem wachsenden rechtsradikalen Widerstand von Teilen der weißen Bevölkerung gegen die Politik de Klerks stellen die militanten Konflikte zwischen rivalisierenden Gruppen der Schwarzen eine wachsende Bedrohung für die friedliche Konfliktlösung dar. Je länger der Verhandlungsprozeß dauert, desto mehr wird die berechnete Ungeduld und die Bereitschaft zur Gewalt wachsen.

In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die gewaltsam ausgetragenen Konflikte zwischen den Schwarzen nicht - wie von konservativer Seite gerne behauptet - "Stammeskonflikte" sind. Viel-

In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die gewaltsam ausgetragenen Konflikte zwischen den Schwarzen nicht - wie von konservativer Seite gerne behauptet - "Stammeskonflikte" sind. Vielmehr handelt es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen der rechts-militanten Inkatha und den ANC-Anhängern um einen in erster Linie politischen Konflikt, der in dieser Form ohne die Homelandpolitik des Apartheidstaates, ohne die Verelendung der Schwarzen unter der Apartheid und ohne die einseitige Unterstützung der Inkatha durch die südafrikanischen Sicherheitskräfte nicht vorhanden wäre. Die Unterstützung der Inkatha durch Mittel aus der Bundesrepublik Deutschland muß daher unverzüglich aufhören.

Die zögerliche Entwicklung in Südafrika bestätigt die Position der SPD: An den internationalen Sanktionen muß festgehalten werden, bis die Apartheid abgeschafft und der Demokratisierungsprozeß unumkehrbar geworden ist. Zwar hat auch innerhalb des ANC die Diskussion eingesetzt, zu welchem Zeitpunkt eine Lockerung beziehungsweise Aufhebung des Sanktionen gefordert werden solle. Doch ist der Westen in jedem Fall gut beraten, die Entscheidung des ANC abzuwarten. Die Sanktionen stellen in dieser kritischen Phase das wichtigste Druckmittel der Anti-Apartheid-Bewegungen für die Verhandlungen dar.

Die Politik der Bundesregierung muß aufmerksam verfolgt werden. Wie schon in den vergangenen Jahren ist eine einheitliche Haltung der Regierungskoalition nicht festzustellen. Während Genscher ebenfalls an den Sanktionen festhalten will, befürworten Warnke und Köhler bereits die Aufhebung der Sanktionen. Ein Abweichen der Bundesrepublik von der EG-Position für die Aufrechterhaltung der Sanktionen muß gegenwärtig verhindert werden.

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Herkules-Arbeit von Nürnberg**

**Zum Beginn des ersten Prozesses vor dem Internationalen Militärtribunal vor 45 Jahren**

**Von Professor h.c. Dr. Robert M. W. Kempner  
Vize-Hauptankläger der USA im Nürnberger Prozeß**

In diesen Tagen vor 45 Jahren, am 18. Oktober 1945, begann in Berlin im Großen Sitzungssaal des Gebäudes der Alliierten Kontrollbehörde, dem früheren Kammergericht, der Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT). Das war die erste Sitzung dieses Tribunals, das am 20. November 1945 mit der mündlichen Verhandlung in Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage und der Rassegesetze, fortgesetzt wurde.

Dem Gerichtshof wurde in Berlin von den Anklagebehörden die Anklageschrift überreicht. Es wurde angeordnet, daß den Angeklagten zur baldigen Äußerung je eine deutsche Übersetzung zugestellt werden müsse. An den Tagen vorher hatte es noch einen Zwischenfall gegeben, weil die ursprünglich gefertigte deutsche Übersetzung der Anklageschrift einige sprachliche Fehler enthielt. Der in Berlin stationierte amerikanische Vizefeldwebel, G. Menke, später ein hoher Regierungsbeamter, wurde zu einer genauen, juristisch klaren verbesserten Übersetzung herangezogen. Eine Groteske: Der damalige Vizefeldwebel war ein früherer junger Berliner Strafverteidiger, der nach den USA hatte auswandern müssen, vom Hitler-Regime ausgebürgert worden war und in den USA zum Militär kam.

Als ich vor siebenundfünfzig Jahren von meinem Standort in Berlin, Unter den Linden 72, dem Preussischen Innenministerium, durch den neuen Chef, Hermann Göring, vertrieben wurde, fand ich allmählich nach zwei Gestapoverhaftungen und "Wanderungen" einen neuen Standort zur Bekämpfung Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus: In der Pennsylvania Avenue, Washington, D.C., als Sachverständiger im US-Bundesjustizministerium sowie im Pentagon. Ich war inzwischen vom Reichsinnenminister Wilhelm Frick ausgebürgert und dann in den Vereinigten Staaten eingebürgert worden.

Am 20. November 1945, nur ein halbes Jahr nach der Niederlage des Hitlerregimes, begann dann die öffentliche Hauptverhandlung vor dem IMT in Nürnberg, dem zwölf amerikanische Nachfolgeprozesse folgten (mit insgesamt 199 Angeklagten). Ich selbst war vom Beginn bis zum Ende der Prozesse US-Anklagevertreter, zuletzt Hauptankläger in dem sogenannten Wilhelmstraßenprozeß gegen Hitlers beamtete Komplizen.

Über die Prozesse ist viel diskutiert worden, hauptsächlich von Personen, die gegen die Bestrafung der Naziverbrecher durch die Nürnberger Gerichte waren. Aber die gleichen Personen waren auch gegen die Strafverfolgung von NS-Tätern durch deutsche Gerichte und schrien nach Amnestie. Konrad Adenauer erklärte mir einst bei einem Besuch: Ich bin froh, daß Ihr - Amerikaner - uns vieles in Nürnberg abgenommen habt. Er wußte, daß ohne die Reinigung der politischen Ökologie ein demokratischer Staat niemals zustande gekommen wäre. Als Folge der Prozesse hat das Bonner Grundgesetz die Nürnberger Ergebnisse als Prinzipien aufnehmen können.

Es war eine Herkules-Arbeit in Nürnberg. Die Mehrzahl der Angeklagten lag wie gedruckt, sie konnten jedoch durch selbstgezeichnete deutsche Dokumente überführt werden. Ich verhörte Hunderte von Beschuldigten, die insgesamt an Millionen von Mordtaten, zum Beispiel den Judenmorden, beteiligt waren. Nur einer erklärte mir: "Sie wissen ja hier in Nürnberg nur die Hälfte von den Grausamkeiten, die in unserem Regime stattgefunden haben." Es war der Chef der Auslandsorganisation, der inzwischen verstorbene Ernst Wilhelm Bohle.

Ich wünsche mir heute, wir könnten die Ausräumearbeit der Nazitrümmer beenden. Aber trotz vieler Erfolge bleibt noch manches zu tun.

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Den östlichen Nachbarn helfen

Zur Bedeutung Berlins für die deutsch-polnischen Beziehungen

Von Walter Momper  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Mit der Vereinigung Deutschlands und der Wiedervereinigung Berlins ändert sich die Situation Berlins, Deutschlands und Europas grundlegend. Die in der Vergangenheit notwendige, aber oft auch quälende Suche nach einer zukunftssträchtigen Funktion für die Stadt erübrigt sich. Berlin fällt nun die Rolle zu, die es vor der Teilung schon hatte und die sich aus seiner natürlichen Lage ergibt. Berlin wird wieder zum wichtigsten Zentrum in der Mitte Europas. Es wird zu einer Drehscheibe zwischen Ost und West, zu einem Magneten für die Menschen östlich der Elbe und zu einer Brücke nach Polen und den Ländern des weiteren Osteuropas.

Diese Veränderungen sind unmittelbar nach dem Fall der Mauer bereits spürbar geworden. Millionen Menschen aus dem Umland, Hunderttausende von Polen, Tschechen, Rumänen kommen zu uns. Sie sehen Berlin als ihre Metropole, als die Stadt, in der sie einkaufen, Geschäfte abschließen, Kultur erleben oder sich fortbilden. Die Bürgersteige sind voll und die Geschäfte auch. Viele Berliner klagen darüber. Die Fülle ist nach den Jahren des Inseldaseins ungewohnt. Aber daß Berlin voll ist von Besuchern, daß es eine Stadt mit vielen Pendlern, Durchreisenden und Touristen ist, das wird sich nicht mehr ändern.

Zu diesem Berlin gehören wie eh und je auch die hier lebenden Ausländer und uns fremd und ungewohnt anmutende Menschen. Das ist wieder das alte quirlige Berlin, das nur durch die Mauer für einige Jahrzehnte zu mehr Beschaulichkeit gezwungen war. Berlin wird lernen, mit dieser neuen Situation umzugehen, liberal und tolerant, so wie diese Stadt immer war.

Natürlich bringen die großen Unterschiede in der Lebensweise und dem Lebensstandard, etwa zu Polen, auch große Probleme mit sich. Aber diese Probleme lösen wir nicht durch Abschottung. Wir lösen sie mittelfristig nur, indem wir unseren östlichen Nachbarn bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung helfen. Wir wollen ein offenes europäisches Haus. Berlin liegt 80 Kilometer vor der polnischen Grenze. Das wird auch so bleiben. Endlich ist - in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen - die polnische Westgrenze als Deutschlands Ostgrenze festgeschrieben worden. Wir haben jetzt und in Zukunft keine Gebietsforderungen an eines unserer Nachbarländer, schon gar nicht an Polen. Denn man kann ein Unrecht, das der Vertreibung, nicht durch ein erneutes Unrecht wiedergutmachen. Wir haben gewählt: Die Chance zur deutschen Einheit und die Bestätigung der bestehenden Grenzen. Erst wer seine Heimat verlor, der weiß wirklich, was sie ihm bedeutet. Ich habe stets Verständnis für die Sehnsucht nach der Heimat gehabt. Aber gerade weil ich weiß, warum so

viele Menschen bei uns ihrer verlorenen Heimat nachtrauern, will ich nicht, daß irgend jemand auf unserem Kontinent jemals wieder ums eine Heimat bangen muß.

Die Aufgabe der Zukunft für Deutsche und Polen ist es, eine deutsch-polnische Freundschaft zu begründen, so wie seit den sechziger Jahren eine deutsch-französische Freundschaft entstanden ist. Deswegen ist ein reiner Grenzvertrag nicht genug. Wir brauchen einen deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag. Gerade die Jugend beider Länder muß einander begegnen können. Ein deutsch-polnisches Jugendwerk kann von den Erfahrungen des deutsch-französischen Jugendwerkes ausgehend dabei helfen.

Berlin ist im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als Hauptstadt Deutschlands bestätigt worden. Wir wollen, daß Berlin wirkliche und nicht nur symbolische Hauptstadt wird. Regierung und Parlament des geeinten Deutschland gehören nach Berlin. Gerade für das deutsch-polnische Verhältnis wird es nützlich sein, zukünftige deutsche Politik für das zusammenwachsende Europa in der Nähe und im unmittelbaren Kontakt mit Polen zu entwickeln.

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

(Walter Momper schrieb diesen Beitrag zur deutschen Einheit für die in Warschau erscheinende Zeitung "Zycie Warszawy")

### **Frauen leisten viele "soziale Jahre"**

**Zur Forderung, den Pflegenotstand durch ein Pflichtjahr zu dämpfen**

**Von Petra Fuhrmann**

**Vorsitzende der südhessischen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)**

Frauen leisten in unserer Gesellschaft nicht nur ein, sondern viele "soziale Jahre".

Der sich abzeichnende Pflegenotstand, der die erneute Diskussion über ein soziales Pflichtjahr für Frauen und Männer auslöste, existiert seit Jahren und ist auch durch die Zivildienstleistenden nur mühsam überdeckt worden. Aufgrund der demographischen Entwicklung, der steigenden Kosten im Pflegebereich und dem Fehlen qualifizierten Personals wird seit Jahren darauf hingewiesen, daß hier ein Notstand, wenn nicht eine Katastrophe auf die Gesellschaft zukommt.

Seit Jahren fordern die AsF und die SPD deshalb die Einführung einer Pflegeversicherung, die deutliche Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen und eine Beteiligung von Kommunen, Land und Bund an der Finanzierung der notwendigen Einrichtungen.

Daß CDU/CSU und FDP bisher nicht die dringend notwendigen Schritte zur Beseitigung dieses Notstandes ergriffen haben, darf nun nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden.

Abgesehen von der historischen Belastung, die der Begriff soziales Pflichtjahr für Frauen beinhaltet, ist es unerträglich, daß wieder einmal Frauen als Lückenbüßerinnen für gesellschaftliche Mißstände herhalten sollen. Frauen leisten mehr als ein soziales Jahr für die Gesellschaft. Sie pflegen und erziehen ihre Kinder, das Schulsystem funktioniert nur durch ihre Arbeit als "Hilfslehrerinnen", und die Alterspflege wäre längst zusammengebrochen, wenn nicht 90 Prozent aller Pflegefälle ohnehin im Hause - das heißt in aller Regel wieder von Frauen - versorgt würden.

Die Folge dieser unterbrochenen Berufsbiographien von Frauen in unserer Gesellschaft heißt oft genug Altersarmut. Frauenrenten sind ein Drittel bis zur Hälfte niedriger als die Renten von Männern. Nimmt man die Durchschnittsrenten als Indikator für den eigenen Lebensstandard im Alter, so ist ein soziales Jahr für Frauen erst dann diskutabel, wenn Frauen- und Männerrenten etwa gleich hoch sind.

Als Lösung der strukturellen Probleme im Gesundheitswesen ist diese generelle "Zwangsarbeit" ohnehin untauglich, da die fehlende Motivation auch die Situation der zu pflegenden unerträglich

macht. Notwendig ist daher endlich eine Aufwertung und bessere Bezahlung der Pflegeberufe, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen und die Einführung einer Pflegeversicherung.

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Unverantwortliche Einladung**

**Zur Forderung des rheinland-pfälzischen Unions-Chefs, ausreisewilligen sowjetischen Juden die Aufnahme zuzusagen**

**Von Rudolf Scharping MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz  
Mitglied des SPD-Partei Vorstandes**

Ausreisewillige Bürger jüdischen Glaubens aus der UdSSR sollen nach den Worten des CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Aufnahme in Rheinland-Pfalz finden. Man reißt sich verwundert die Augen ob des tagespolitischen Opportunismus, mit dem CDU-Politiker mal das und mal jenes, jedenfalls in der Sache Unvereinbares von sich geben. Angemessen ist das nicht.

In der UdSSR leben viele Menschen - schätzungsweise über 2,5 Millionen - deutscher Abstammung. Bisher haben sie einen nach Verfassung und Vertriebenengesetz rechtlich verbrieften Anspruch auf Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland. Aber die CDU weigert sich, dieses Aussiedlerthema offen anzupacken.

Über eine Million Deutschstämmiger aus der UdSSR werden wir nicht aufnehmen können. Richtiger wären große und gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der heutigen Heimat der Rußland-Deutschen. Sie beklagen mangelnde Unterstützung bei der Förderung der deutschen Sprache und vor allem der deutschen Kultur.

Schon heute sind bei uns Wohnungen, Kindergärten, Platz in Schulen und auf dem Arbeitsmarkt äußerst knapp.

Nun eine weitere "Einladung" an ausreisewillige Juden in der UdSSR auszusprechen, ist unverantwortlich angesichts der massiven finanziellen und sozialen Anspannung in den Städten und Gemeinden.

Wer den Juden in der Sowjetunion heute helfen will - und wer will das nicht -, der muß dort und in Israel helfen. Es ist aber gefährlich und unglaubwürdig, wenn die CDU mal für, mal gegen ein "Einwanderungsland", mal für, mal gegen Einschränkungen des Asylrechtes, mal für, mal gegen eine verantwortbare Aussiedlerpolitik Stellung nimmt. Vielleicht setzen sich die Unionschristen mal zusammen und formulieren eine glaubwürdige Politik, die auch andere mittragen und mitverantworten können.

(-/11.10.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*